



Sinkende Zahl der Getöteten im Straßenverkehr ist Ansporn für die Verbesserung der Verkehrssicherheitsmaßnahmen

Sinkende Zahl der Getöteten im Straßenverkehr ist Ansporn für die Verbesserung der Verkehrssicherheitsmaßnahmen
Erfolgreiche Verkehrssicherheitsarbeit in Deutschland
Die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) hat ihre aktuellen Schätzungen der Gesamtzahl der im Straßenverkehr Getöteten für das Jahr 2012 veröffentlicht. Dazu erklären der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, sowie der zuständige Berichterstatter, Gero Storjohann:
"Die Verkehrssicherheitsarbeit in Deutschland ist erfolgreich. Die aktuellen Zahlen der Bundesanstalt für Straßenwesen belegen einen langfristig positiven Trend. Die Wahrscheinlichkeit, in Deutschland bei einem Verkehrsunfall ums Leben zu kommen, nimmt seit Jahren signifikant ab. Gegenüber dem Vorjahr sinkt die Zahl der Getöteten im Straßenverkehr im Jahr 2012 auf 3.750 - das sind immer noch zu viele Getötete. Unser Ziel bleibt es gleichwohl, das bereits heute hohe Verkehrssicherheitsniveau weiter zu verbessern und dabei nicht nachzulassen.
Der Großteil der Verkehrsunfälle ereignet sich auf den Landstraßen und im innerörtlichen Verkehr. Wenngleich die Zahlen dort leicht rückläufig sind, sind sie doch erheblich größer als bei den etwa 400 auf der Autobahn tödlich verunglückten Verkehrsteilnehmern (-12 Prozent). Während die Zahlen für Fußgänger und Motorradfahrer rückläufig sind, bereitet uns die gestiegene Anzahl getöteter Radfahrer (+3 Prozent) Sorge. Auf Radfahrer müssen wir also besonders achten. Von ihnen und allen anderen Verkehrsteilnehmern erwarten wir eine höhere Akzeptanz der Verkehrsregeln.
Die Koalitionsfraktionen verfolgen das ambitionierte Ziel, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 im Vergleich zu 2010 um weitere 40 Prozent zu senken. Neben der sichereren Ausgestaltung der Fahrzeugtechnik sowie der Infrastruktur gelingt dies insbesondere durch die Fokussierung auf besonders risikobelastete Gruppen im Straßenverkehr. Kinder, Fahnenträger zwischen 16 und 24, ältere Verkehrsteilnehmer, aber auch Lkw-Fahrer sind im Straßenverkehr besonderen Gefahren ausgesetzt. Wir werden ihr Risiko weiter senken. Neben den tödlich Verunglückten Verkehrsteilnehmern gelte es auch die Anzahl der Schwerverletzten im Straßenverkehr zu senken."
Außerorts (ohne Autobahnen) wird mit circa 2.250 Getöteten gerechnet (-8 Prozent). Innerorts ist der Rückgang geringer (-1 Prozent).
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
http://www.cducsu.de

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

CDU
Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU
Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.